

Stenographischer Bericht

68. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 2. Dezember 2004

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Kasic, Abg. Lechner-Sonnek (4609).

1. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2076/1, betreffend „Wirtschaftsoffensive“, Projekte, welche von der Steirischen Wirtschaftsförderungs GmbH. abgewickelt werden. Gesamtförderungssumme 12,3 Millionen Euro Finanzierung, beginnend 2006 bis 2013 in acht Jahresraten per 1,537.500 Euro.

Berichterstatter: Abg. Bittmann.

Redner: Abg. Schleich.

Beschlussfassung.

2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2079/1, betreffend den Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt Graz als Rechtsträger der Geriatrischen Gesundheitszentren, 8020 Graz, Albert-Schweitzer-Gasse 36 und dem Land Steiermark für den Neubau des Geriatrischen Krankenhauses II der Stadt Graz.

Berichterstatterin: Abg. Gross.

Beschlussfassung.

3. Antrag, Einl.-Zahl 2080/1, der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz auf Versagung des Vertrauens gegenüber einem Mitglied der Landesregierung gemäß Paragraph 27 Absatz 2 L-VG in Verbindung mit Paragraph 58 Absatz 2 GeoLT.

Redner: Abg. Hagenauer, Landesrat Schützenhöfer, Abg. Hagenauer, Abg. Mag. Drexler, Abg. Kröpfl, Abg. Hagenauer, Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Abg. Kröpfl, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Drexler.

Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 13.28 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Ich eröffne die 68. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XIV. Gesetzgebungsperiode.

Entschuldigt sind Frau Klubobfrau Ingrid Lechner-Sonnek und Herr Abgeordneter Wolfgang Kasic.

Die Tagesordnung ist bekannt.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

1. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2076/1, betreffend „Wirtschaftsoffensive“, Projekte, welche von der Steirischen Wirtschaftsförderungs GmbH. abgewickelt werden. Gesamtförderungssumme 12,3 Millionen Euro Finanzierung, beginnend 2006 bis 2013 in acht Jahresraten per 1,537.500 Euro.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (13.29 Uhr): Danke, Herr Präsident.

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Wirtschaftsoffensive, Projekte, welche von der Steirischen Wirtschaftsförderungs GmbH. abgewickelt werden. Gesamtförderungssumme 12,3 Millionen Euro, Finanzierung, beginnend 2006 bis 2013 in acht Jahresraten zu je 1,537.500 Euro.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge des Beschlusses vom 15. November 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Bedeckung von 12,3 Millionen Euro über eine von der Steirischen Wirtschaftsförderungs GmbH. vorzunehmende Zwischenfinanzierung in Form von aufzunehmenden Fremdmitteln sowie die Bereitstellung der Landesmittel zur Refinanzierung in acht Jahresraten von je 1,537.500 Euro zuzüglich Zinsen, beginnend ab 2006 bis 2013 über die jeweiligen Landesvoranschläge wird genehmigt.

Falls es im Rahmen der Zwischenfinanzierung bereits im Jahre 2005 zu einer Förderungsauszahlung kommt, wird die Steirische Wirtschaftsförderungs GesmbH. für diesen Betrag die Refinanzierung der entstandenen Zinsen ebenfalls genehmigend zugesichert.

Ich bitte um Annahme. (13.30 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und habe Wortmeldungen. Herr Abgeordneter Schleich bitte.

Abg. Schleich (13.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich Folgendes dazu bekannt geben. Nachdem das gesamt verpackt ist, werden wir natürlich diesem Tagesordnungspunkt zustimmen, aber ich möchte natürlich darauf aufmerksam machen, wie schon vorher, dass es hier um das Projekt „Grüne Lagune“ geht und wir in dieser Sache dem Projekt nicht zustimmen können, da laut meiner Meinung und laut der Sozialdemokraten dieses Projekt in dieser Form, wie es vorliegt, keine wirkliche Hilfe ist, weil das wahrscheinlich am Schluss keine Chance hat und die Gemeinden nicht entlastet sind, die Gemeinden in den nächsten Jahren nur mit Bedarfsmitteln über die Bühne kommen können. Und ich glaube, man hätte hier wirklich fördern müssen und es so fördern, dass die Gemeinden entlastet sind und dass hier die „Gründe Lagune“ eine wirkliche Chance hat. Wir werden es ja leider erst später sehen, aber ich weiß, das ist ein Projekt des politischen Freikaufens, dass es über die Landtagswahlen drüber geht.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.31 Uhr.)

Präsident: Frage: Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt noch weitere Wortmeldungen? Ansonsten könnte ich bereits zur Abstimmung schreiten. Dem ist scheinbar so.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest. Danke!

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2079/1, betreffend den Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt Graz als Rechtsträger der Geriatrischen Gesundheitszentren, 8020 Graz, Albert-Schweitzer-Gasse 36 und dem Land Steiermark für den Neubau des Geriatrischen Krankenhauses II der Stadt Graz.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (13.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 22. November 2004 den Beschluss gefasst, die Ihnen vorliegende Finanzvereinbarung zwischen der Stadt Graz als Rechtsträger der Geriatrischen Gesundheitszentren, Albert-Schweitzer-Gasse und dem Land Steiermark zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und dem Steiermärkischen Landtag zur genehmigenden Beschlussfassung vorzulegen.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die angeschlossene Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt Graz als Träger des Geriatrischen Krankenhauses und dem Land Steiermark, betreffend die Kostenbeteiligung des Landes am Neubau des Geriatrischen Krankenhauses II der Stadt Graz, wird genehmigt.

Ich ersuche um Annahme. (13.32 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Frage: Gibt es Wortmeldungen dazu? Das ist nicht der Fall. Infolgedessen komme ich zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Damit komme ich zum Tagesordnungspunkt

3. Antrag, Einl.-Zahl 2080/1, der Abgeordneten Hagenauer, Lechner-Sonnek und Mag. Zitz auf Versagung des Vertrauens gegenüber einem Mitglied der Landesregierung gemäß Paragraph 27 Absatz 2 L-VG in Verbindung mit Paragraph 58 Absatz 2 GeoLT.

Der Antrag lautet:

Landeshauptfrau Waltraud Klasnic wird gemäß Paragraph 27 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes das Vertrauen versagt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Hagenauer, bitte.

Abg. Hagenauer (13.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, ich stelle fest, die Frau Landeshauptfrau ist nicht im Saal. Ich beantrage daher eine Sitzungsunterbrechung, eine kurze, um die weitere Vorgangsweise zu besprechen. Es ist natürlich völlig inakzeptabel, dass bei einem Misstrauensantrag das betroffene Regierungsmitglied, obwohl es an sich vermutlich im Hause ist, nicht anwesend ist. (13.34 Uhr.)

Präsident: Danke, dazu meldet sich der Herr Landesrat Schützenhöfer. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Schützenhöfer (13.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frau Landeshauptmann ist um etwa 12.00 Uhr nach Wien gereist, um dort Termine mit dem Bund wahrzunehmen. Sie hat mich beauftragt, sie zu vertreten. (13.34 Uhr.)

Präsident: Damit, geehrter Herr Abgeordneter, ist eigentlich die Sache geklärt.

Abg. Hagenauer (13.35 Uhr): Für mich natürlich nicht. Die heutige Tagesordnung war bekannt, ja. Hier wird also genau der Grund des Grünen Antrages, nämlich eine Missachtung, eine eklatante des Landtages noch einmal verdoppelt und fortgesetzt. Ich bitte um eine kurze Unterbrechung der Sitzung, um in einer Präsidiale die weitere Vorgangsweise zu besprechen. (13.36 Uhr.)

Präsident: Dazu gibt es eine Wortmeldung? Ja, Herr Abgeordneter Drexler, bitte.

Abg. Mag. Drexler (13.36 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder auf der Regierungsbank, meine Damen und Herren!

Mir scheint eine Unterbrechung nicht angezeigt zum derzeitigen Zeitpunkt. Ich darf darauf hinweisen, dass ich dem Herrn Kollegen Hagenauer zustimme, dass die Tagesordnung der 68. Sitzung bekannt war, wie auch die gesamte Diskussion, die Sie mit Ihrem Misstrauensantrag schon vor zehn Tagen oder so entfacht haben, bekannt ist. Insofern gibt es überhaupt keine neuen Sachverhalte und auch keine Missachtung des Landtages. Im Gegenteil. Landeshauptmann Waltraud Klasnic war gerade im Zuge dieser dreitägigen Budgetdebatte, ohne dass ich jetzt auf eine Stoppuhr geschaut hätte oder sonst was, wahrscheinlich das Regierungsmitglied, das den Landtag am meisten geachtet hat, weil sie da war. (Beifall bei der ÖVP.)

Mithin keine Missachtung. Ich würde daher meinen, wir können mit der Tagesordnung fortfahren, aber ich kann natürlich dem Präsidenten keine Vorschreibungen machen, im Gegenteil, weil der Kurt sich schon aufgeregt hat, aber ich glaube, es wäre angezeigt, an sich jetzt abzustimmen über den vorliegenden Antrag. (Beifall bei der ÖVP. – 13.37 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich habe hier die Information vor mir liegen, durch die Geschäftsordnung, Teilnahme der Mitglieder der Landesregierung, Paragraph 12: Das für den Beratungsgegenstand ressortmäßig zuständige Mitglied der Landesregierung ist verpflichtet, an den Sitzungen des Landtages und der Ausschüsse, ausgenommen jedoch Untersuchungs-Ausschüsse, teilzunehmen oder sich von einem anderen Regierungsmitglied vertreten zu lassen. Das ist der Fall und damit schreite ich, meine Damen und Herren, zur Abstimmung. (Abg. Kröpfl: „Eine Wortmeldung!“) Wortmeldung? Bitte, Herr Abgeordneter Kröpfl.

Abg. Kröpfl (13.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landesrat, meine Herren Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Diese Tagesordnung ist über – weiß ich jetzt nicht – Wochen, mehr als eine Woche bekannt. Es ist ganz klar gewesen, dass heute der Antrag der Grünen auf der Tagesordnung steht.

Ich finde es schon als eine Missachtung des Landtages, wenn man dann als betroffene Landeshauptfrau einfach nach Wien fährt, auch wenn sie dort wichtige Dinge zu erledigen hat. Das hätte man sicherlich verschieben können, verehrte Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und diese Vorgangsweise finde ich demokratiepolitisch auch sehr problematisch, denn das ist eine Missachtung des Landtages. Deswegen werden wir von unserer Fraktion jetzt den Saal verlassen und ich hoffe, dass die Grüne Fraktion mit uns mitgeht. (13.38 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Hagenauer. Bitte.

Abg. Hagenauer (13.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte, bevor auch die Grünen den Saal verlassen werden, weil an einer Debatte werden wir uns natürlich unter diesen Umständen nicht beteiligen, wenn das zuständige Regierungsmitglied nicht anwesend ist, trotzdem ein paar Worte sagen.

Erstens: Die Frau Landeshauptfrau und nicht irgendjemand anderer, der sie vertritt, hat es für wert befunden, mich auch nur zu informieren, dass sie heute nicht anwesend sein kann. Das ist schon ein starkes Stück. Man hat mich nicht einmal informiert. Das fällt nicht mehr unter die Kategorie Missachtung, sondern das ist Feigheit. Das ist ganz einfach Feigheit. Nicht mehr, nicht weniger. (Abg. Gödl: „Der Antrag ist ein starkes Stück!“) Herr Kollege Gödl, unseren Antrag, den können Sie mit Ihrem Abstimmungsverhalten und mit Ihrem Debattenbeitrag dann natürlich jederzeit beurteilen. Gott sei Dank ist das so in einer Demokratie. Das einmal vorweg.

Jetzt bleibt gar nicht mehr viel zu sagen, trotzdem in aller Kürze:

Erstens: Dieser unser Antrag hat einen konkreten Anlass, nämlich, dass man von Seiten der Regierung, Regierungsmehrheit, der ÖVP, beziehungsweise von Seiten der Frau Landeshauptfrau hergegangen ist und gesagt hat, „wir werden einen Landtagsbeschluss in jedem Fall missachten“. Sie wissen das.

Zweitens gibt es hier nicht nur diesen Anlass, sondern eben auch eine Ursache – die liegt in der ESTAG-Affäre. Diese Ursache ist ernst, da geht es also nicht um irgendeine Sache. (Abg. Majcen: „Das ist klar!“)

Wir haben jetzt drei Tage Budgetdebatte gehabt. In Sachen ESTAG sind Dutzende Millionen Euro liegen geblieben, Dutzende Millionen Euro.

Hier werden um Beträge heißblütige – unter Anführungszeichen – Budgetdebatten geführt, die oft nicht die Promillegrenze dessen erreichen, was in der ESTAG an Geld liegen geblieben ist. (Abg. Straßberger: „Jetzt hör einmal auf!“)

Aus diesem Grunde wären – und sei es nur aus einer Präventivwirkung, sei es nur aus einer Präventivwirkung – vorbeugende Klagen jedenfalls sinnvoll gewesen.

Kurz zu den Gegenargumenten, weil immer gesagt wurde, wer übernimmt die Verantwortung für diese Klagen, wer übernimmt die Verantwortung für das Prozessrisiko, wie hoch sind die Chancen?

Man kann, wenn man gezielte Klagen führt, in beschränkten ausgesuchten Fällen mit einer beschränkten Klagshöhe durchaus das Prozessrisiko hier in einem vertretbaren Rahmen halten. Das wäre ohne weiteres möglich gewesen, das sagt Ihnen jeder Jurist im ersten Semester.

Zweitens kommt noch dazu, dass in vielen Fällen von verschiedenen Gutachtern festgestellt wurde, dass man jetzt nicht klagen könne, weil die Schadenshöhe noch nicht feststeht. Genau deshalb hätte man in einigen Fällen klagen müssen, um die Chancen nicht zu verwirken.

Das nicht erteilte Vertrauen gegenüber Organen hat welchen Sinn? Es hat genau den Sinn, dass man sich Klagen vorbehält. Wenn also das Vertrauen einzelnen Personen beziehungsweise Organen nicht erteilt wurde, wie passt denn das zusammen, dass man schon von vornherein sagt, wir wollen unter keinen Umständen klagen, wo man doch die Umstände alle ganz genau kennt.

Jetzt noch ein paar Sätze zum Anlass. Ich gehe davon aus, dass die Freiheitliche Partei diesem meinem Antrag zustimmen wird, nachdem die Freiheitliche Partei mir mehrfach vorgeworfen hat, ich sei zu wenig streng in meinem Bericht vorgegangen.

Liebe Kameraden von der FPÖ, nutzt die Chance! Jetzt oder nie!

An die SPÖ kann ich diese Aufforderung nicht richten, weil sie den Saal verlassen hat. Sonst hätte ich der SPÖ natürlich auch gesagt, wenn sie vor wenigen Tagen geäußert hat, dass sie mit der Frau Klasnic unter keinen Umständen eine Koalition bilden will, dann hat sie ihr ja ohnehin bereits das Misstrauen ausgesprochen. Dann hat sie das schon getan und dann müsste ihr das auch sehr leicht fallen, heute meinem Misstrauensantrag zuzustimmen.

Und zum Abschluss, weil ich gerade am Pult bin und weil das an sich eine sehr ernste Sache ist, man hat mir auch vorgeworfen – in einem konkreten Fall –, ich sei vom Aufdecker zum Zudecker geworden. Da ist es um einen Beleg über 5000 Euro gegangen, aus dem hervorgegangen ist, dass der Herr Ramsauer Auftragnehmer des Landes gewesen ist.

Ich habe gesagt, bitte, das ist für mich ein Kaszettel, das ist für mich nicht der Grund für eine Vertagung des Untersuchungsausschusses. Ich habe das abgelehnt und mir dafür den Zudeckervorwurf eingehandelt.

Ich bin inzwischen der Sache nachgegangen, habe mit dem betroffenen Beamten gesprochen. Es ist natürlich so, wie ich zuerst schon vermutet hatte, an der Geschichte ist selbstverständlich nichts dran. Der Herr Ramsauer hat irgendwann einmal 5000 Euro völlig regulär und vor seiner Einsetzung in seine Funktionen in der ESTAG als Honorar bezogen. Soviel nur dazu.

Sie kennen, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, den Antrag. Der Herr Präsident hat ihn schon verlesen. Ich stelle den Antrag, der Frau Landeshauptfrau, weil sie in dieser Angelegenheit – Klagen gegenüber Organen der ESTAG – einen Landtagsbeschluss missachtet hat, das Misstrauen auszusprechen.

Ich bitte um Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 13.46 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich unterbreche nun die Sitzung und berufe – (Abg. Dietrich: „Eine Wortmeldung, bitte!“) Wortmeldung, wer?

Bitte, Dietrich, Entschuldigung.

Wenn ich die Wortmeldungen bekomme, dann wird ihnen Folge geleistet.

Frau Abgeordnete Dietrich, bitte.

Abg. Dietrich (13.47 Uhr): Herr Präsident, ich habe mich bei Ihnen persönlich zu Wort gemeldet.

Aber nichtsdestotrotz, meine geschätzten Damen und Herren, das, was die Sozialdemokratie in den letzten Tagen aufführt, ist eine reine Show. Eine Show in der Atmosphäre des Parteitags. Die glauben, sie sind noch immer auf dem Parteitag. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Kollege Hagenauer, es entspricht dem Wesen der Demokratie, Mehrheiten zu akzeptieren. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Wie diese Mehrheiten gelagert sind, das konnte man in der Sondersitzung zur ESTAG genau wissen und das weiß man auch heute, dass dieser Misstrauensantrag keine Mehrheit finden wird. Das, was da aufgeführt wird, ist ein Spektakel der besonderen Klasse. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Anscheinend leben halt die beiden Parteien nach dem Motto: „The Show must go on!“ Mit uns aber mit Sicherheit nicht. (Beifall bei der FPÖ. – 13.48 Uhr.)

Präsident: Gibt es eine Wortmeldung noch? Ist nicht der Fall. Infolgedessen unterbreche ich jetzt jedenfalls mal 15 Minuten und werde bitte eine Präsidiale einberufen. (Unterbrechung der Sitzung: 13.49 bis 15.00 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich nehme die Sitzung wieder auf. Wir sind bei Tagesordnungspunkt 3. Habe in Erinnerung zu rufen, dass gemäß dem Landes-Verfassungsgesetz und der Geschäftsordnung zum Landtagsbeschluss, wenn dem Regierungsmitglied oder einzelnen ihrer Mitglieder das Vertrauen versagt wird, die Anwesenheit von zwei Drittel der Mitglieder des Landtages erforderlich ist.

Wenn es keine Wortmeldung gibt, aber die gibt es. Das ist dann der Abgeordnete Hagenauer. Bitte.

Abg. Hagenauer (15.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir können jetzt fortfahren in der Tagesordnung. Die Grünen haben diesen Misstrauensantrag eingebracht, nicht weil es sich aus unserer Überzeugung heraus in der Sache ESTAG um eine ganz grundlegende Problematik und Affäre gehandelt hat des vergangenen Jahres, die die Steiermark ganz massiv betroffen hat, sondern es eben in der Frage der Konsequenzen aus dieser Affäre natürlich auch um eine sehr wichtige Angelegenheit sich handelt und wir der Überzeugung sind, dass hier alle Konsequenzen gezogen werden müssen, um in Zukunft Ähnliches zu verhindern beziehungsweise auch, nicht zuletzt, um auch gegenüber der Bevölkerung zu signalisieren, dass mit ihrem Geld, das nun einmal verloren ist, das kann man nicht wieder beschaffen, in Zukunft sorgfältiger wenigstens umgegangen wird. Sorgfältiger als bisher.

Bei der Frage der Klagen, um die es sich da hier handelt, geht es einerseits darum, dass der Landtag einen mehrheitlichen Beschluss gefasst hat. Einen Beschluss gefasst hat, dass hier zumindest in einzelnen Fällen solche Klagen zu erheben sind. Und die Mehrheit der Landesregierung beziehungsweise die Frau Landeshauptfrau schon vorab erklärt hat, sie gedenkt nicht, diesem Beschluss des Landtages Folge zu leisten. Das ist eine sehr ernste Sache. Aus Überzeugung der Grünen bleibt hier einer parlamentarischen Gruppierung keine andere Möglichkeit, als auf eine derartige Ankündigung mit einem Misstrauensantrag zu reagieren. Es ist grundsätzlich jede vorab geäußerte Missachtung eines Landtagsbeschlusses natürlich nicht zu entschuldigen und natürlich erst recht nicht in einer so ernsten Angelegenheit.

Worauf ich auch noch einmal ganz besonders hinweisen möchte, ist der Umstand, dass es natürlich hier bei der ganzen ESTAG-Affäre um eine sehr enge Verzahnung zwischen politischen Entscheidungsträgern und den betreffenden Organen gegangen ist, gegen die man jetzt unter Umständen eine zivilrechtliche Anklage erhebt. Und ich sage es jetzt auch als politischer Mandatar: Es geht hier nicht darum, aus Prinzip gegen irgendjemand eine Anklage zu erheben, sondern es geht hier um ein politisches Signal. Es wird nicht gelingen, mit solchen Anklagen natürlich diese zig Millionen von Euro zurückzuholen. Dessen sind wir uns zu sehr bewusst. Es geht um das Signal, um eine Präventivwirkung, dass in Zukunft wenigstens klargestellt wird, wenn ich Organ bin in einer derart wichtigen Gesellschaft, mit derartig wichtigen Entscheidungen zu tun habe und über solche riesigen Summen die Verantwortung zu tragen habe, dann ist das nicht, wie man uns – Sie erinnern sich – im Untersuchungsausschuss erklärt hat, irgendein Ehrenamt. Dann ist es nicht etwas, wo man sagt, die Wirtschaftsprüfer müssen ja wissen, was sie getan haben. Sondern, das ist eine Managementposition auch für die Mitglieder des Aufsichtsrates, für die im Übrigen – da konnten wir uns ja im Ausschuss nicht einigen – die Landesregierung in ihrer Gesamtheit die Verantwortung trägt, weil es eben nicht angeht, dass Fraktionen in der Landesregierung dort sehr wohl Mitglieder hineinreklamieren und dann, wenn etwas schief geht, dafür die Verantwortung nicht übernehmen wollen.

Worauf die Grünen hinauswollen, ist das: Ent-weder ist die Politik, die immer und nicht zuletzt gerade in der ESTAG gewusst hat, was ansteht. Ich erinnere an das legendäre Zitat von Herrn Landeshauptfraustellvertreter Voves, der gesagt hat, es war die gelebte Praxis, sich am Vorabend zu treffen und wichtige Entscheidungen zu besprechen, und zwar nicht getrennt nach Vorstand und Aufsichtsrat, sondern getrennt nach Fraktionen. Die Politik hat immer bei wichtigen Dingen gewusst, was läuft. Und in dieser Situation geht es nicht zuletzt darum, wenn man einen Schlusstrich ziehen will, Verantwortung zu übernehmen. Und da habe ich zwei Möglichkeiten im Prinzip: Entweder ich klage die verantwortlichen Organe und sage, bitte schön, ihr habt die volle Verantwortung zu tragen, oder, da braucht man kein Spitzenjurist zu sein, ich entlaste sie, ganz bewusst, indem ich mich hinstelle und sage, jawohl, diese Leute im Aufsichtsrat oder im Vorstand, die haben

ausdrücklich mit meiner Zustimmung aktiv oder passiv, aber ausdrücklich mit meiner Zustimmung gehandelt. Ja. Ich übernehme als Politikerin, als Regierungsmitglied, die Verantwortung dafür, dass der Dreivorstand suspendiert wurde letztlich. Die hätten das nicht getan, ohne meine offene oder stille Zustimmung. Und da stehe ich und dafür übernehme ich die Verantwortung zu hundert Prozent. Das wäre immerhin etwas. Dann wüsste hier der Landtag und die Öffentlichkeit, wer hier die Verantwortung zu tragen hat. Nämlich einzelne Mitglieder der Landesregierung in unterschiedlichem Ausmaß aber doch mehrere. Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil. Man hat einzelnen Organen sogar die Entlastung nicht erteilt und hat so getan, als ob man etwas tun würde. In Wirklichkeit ist das natürlich ein Mumpitz. Weil, wenn ich jemand nicht entlaste, dann will ich damit ja nur sagen, dass ich mir eine Klage vorbehalte. Wenn ich mich aber schon von vornherein offensiv hinstelle und sage, ich klage nicht, dann ist das eine Irreführung der Bevölkerung mehr.

Ich will im Detail jetzt nicht auf Dinge eingehen, die wir ohnehin schon in der letzten Sondersitzung und bei anderen Anlässen mehrfach diskutiert haben. Es muss an der Stelle trotzdem gesagt werden, dass es nicht so ist, dass ein Gutachten, ein juristisches in dem Fall, die Entscheidung eines Gerichtes ersetzt. Gott sei Dank sind es immer noch die Gerichte, die das entscheiden. Gutachten – ohne irgendeinen Gutachter nur in irgendeiner Form diskreditieren zu wollen – haben immer nur einen bestimmten Aspekt auszuleuchten. Entscheiden tut das Gericht. Das heißt, auf ein Gutachten in der Sache zu verweisen, ist einfach ungenügend.

Der Rechnungshof hat in seinem Bericht, und selbst andere, die sich mit dieser Materie beschäftigt haben, haben festgehalten, dass es zumindest in einzelnen Punkten Chancen gibt, hier erfolgreich zu klagen. Ganz abgesehen von jenen Punkten, wo nur verwiesen wurde, dass die Schadenshöhe noch nicht feststünde. Das ist aber kein Grund, nicht zu klagen, sondern umgekehrt, genau in dem Fall muss ich das erst recht tun.

Ich habe es schon vorhin erwähnt – komme damit zum Ende –, ich rechne mit der Zustimmung der Freiheitlichen Partei. (Abg. Wiedner: „Keine Frage!“) Ich rechne mit der Zustimmung der Sozialdemokratie.

Die Freiheitliche Partei und die SPÖ haben ja, ohne das beweisen zu können, den Verdacht geäußert, ich würde heimlich mit der ÖVP ohnehin mich schon absprechen. (Abg. Majcen: „Deswegen gibt es ja diese heutige Geschichte!“)

Die SPÖ hat erst unlängst vor wenigen Tagen erklärt, dass sie mit der Frau Landeshauptfrau unter keinen Umständen und niemals könne. (Abg. Wiedner: „Sie haben auch jedes Türkl offengelassen!“) Wir haben das nicht erklärt, Herr Kollege. Wir haben das nicht erklärt, aber ich stelle hiemit den Antrag – aus den genannten Gründen –, der Frau Landeshauptmann das Misstrauen auszusprechen, und bitte um Annahme.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 15.10 Uhr.)

Präsident: Gibt es eine weitere Wortmeldung?

Herr Klubobmann Kröpfl, bitte.

Abg. Kröpfl (15.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, verehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Jugend im Zuschauerraum!

Wir als Sozialdemokraten akzeptieren natürlich, wenn ein Regierungsmitglied verhindert ist und sich durch ein anderes Regierungsmitglied vertreten lassen muss. Das ist völlig klar, selbstverständlich. (Präsident: „Entspricht der Geschäftsordnung!“) Entspricht außerdem der Geschäftsordnung, danke, Herr Präsident.

Aber wenn es in so einem Fall, wie in diesem konkreten Fall, um eine Person geht, um ein Regierungsmitglied konkret, das persönlich davon betroffen ist, dann akzeptieren wir das nicht, denn das ist nichts anderes als ein Davonlaufen, ein Verstecken (Abg. Riebenbauer: „Warum seid ihr dann hinausgegangen?“) hinter einer anderen Person und schlussendlich auch eine Missachtung des Landtages. Und da tun wir nicht mit! (Beifall bei der SPÖ.)

Deswegen, verehrte Damen und Herren, haben wir den Saal verlassen, damit die Frau Landeshauptmann auch die Möglichkeit bekommt, hier bei uns im Landtag wieder aufzutreten und vielleicht auch ihre Position darzustellen.

Wenn wir von den Grünen jetzt immer wieder die Aufforderung bekommen, bei einem Misstrauensantrag mitzustimmen, dann verstehe ich das natürlich aus der Position der Grünen heraus, die in der Opposition sind, die nicht in der Regierung vertreten sind. Die SPÖ sitzt in dieser Landesregierung und da ist es für uns nicht tragbar, dass wir gegen einzelne Mitglieder dieser Landesregierung Misstrauensanträge stellen. (Abg. Gödl: „Wenn ihr jetzt nicht mitstimmt, dann weiß ich nicht!“) Wir haben das schon beim letzten Landtag bekundet, wo wir gesagt haben, wir unterstützen auch den Misstrauensantrag gegen den Herrn Landeshauptfraustellvertreter Schöggel nicht. So werden wir auch heute den Misstrauensantrag der Grünen gegen die Frau Landeshauptmann nicht unterstützen. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für uns.

Und noch eines, verehrte Damen und Herren, die Sozialdemokratie in der Steiermark hat zum schärfsten parlamentarischen Mittel, das es in diesem Land gibt, gegriffen. Wir waren diejenigen, die gesagt haben, in diesem Land geht nichts mehr weiter, die ÖVP blockiert die Arbeit in diesem Land. Und deswegen haben wir einen Neuwahlantrag gestellt. Sie werden sich noch daran erinnern können. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber leider ist dieser Neuwahlantrag in der Minderheit geblieben, denn sonst hätten wir bereits am Sonntag diese Neuwahlen gehabt und wir hätten uns vielleicht diese Diskussion heute erspart, denn dann

wäre das neue Parlament ganz anders zusammengesetzt gewesen und wir hätten vielleicht andere Mehrheitsverhältnisse gehabt.

Sehr verehrte Damen und Herren, die Sozialdemokratie in der Steiermark stellt sich jederzeit Neuwahlen. Wir haben keine Angst vor den Steirerinnen und Steirern, sondern wir stellen uns jederzeit und sofort einer Neuwahl. Aber wir wollen uns nicht verstecken, wir stellen uns vorne hin und wir laufen nicht davon!

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Klubobfrau Waltraud Dietrich.

Abg. Dietrich (15.14 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzter Hoher Landtag!

Der Kollege Hagenauer, Kollege Peter, hat gemeint, er rechnet damit, dass wir dem Misstrauensantrag zustimmen. Ich sage dir ganz ehrlich, wir hätten auch damit gerechnet, dass du deinen Bericht so verfasst, dass tatsächlich die politische Verantwortung an Personen festgelegt wird, nicht so ein Wischiwaschi-Bericht. (Beifall bei der FPÖ.)

Zur SPÖ – ich habe das erst schon gemeint, wie ihr draußen gewesen seid –, lieber Walter, ich habe wirklich den Eindruck, ich bin schon neun Jahre hier im Landtag, aber das, was sich jetzt in den letzten Tagen abgezeichnet hat, das ist nicht mehr als eine reine Show, die ihr da abzieht. (Abg. Kröpfl: „Wenn ihr akzeptiert, dass der, der einen Misstrauensantrag bekommt, nicht da ist, dann ist das eure Geschichte!“)

Eine Show, wo auf der einen Seite großmundig von einem Regierungsmitglied, von eurem Landesparteiobmann, die Abschaffung des Proporz verlangt wird und auf der anderen Seite, wenn der Antrag kommt, dann fällt ihr im Liegen um. (Beifall bei der FPÖ.)

Der Höhepunkt ist wohl jener, dass ihr euch darüber aufregt, ihr regt euch darüber auf, dass die Frau Landeshauptmann beim Misstrauensantrag nicht da ist, wo ihr doch dagegenstimmen werdet. (Abg. Kröpfl: „Sie muss sich stellen dem Misstrauensantrag!“)

Das kann nur einen Grund haben (Abg. Kröpfl: „Hat keinen Grund!“), warum ihr darauf besteht, dass die Frau Landeshauptmann da ist, wenn der Misstrauensantrag gestellt wird, die Frau Landeshauptmann soll sehen, dass ihr ihr vertraut. Das ist der einzige Grund! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 15.16 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Herr Klubobmann Christopher Drexler. (Allgemeine Unruhe. – Glockenzeichen des Präsidenten.) Am Wort ist der Herr Klubobmann Drexler. Vielleicht kann man im Anschluss daran sich dann im Detail unterhalten.

Herr Klubobmann, bitte.

Abg. Mag. Drexler (15.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Ich bin eigentlich außerordentlich froh, dass wir jetzt noch eine Gelegenheit haben, diese dreitägige Debatte bei voller Besetzung, im Haus, auf der Regierungsbank, ja sogar auf der Journalistenbank, sogar im Publikum – (Abg. Kröpfl: „Fast, Seitingner geht eh nicht ab!“) Operation, einer kann nicht da sein.

Dass wir also bei voller Besetzung hier noch einmal abschließend die Gelegenheit haben, einige Dinge ganz klar zu zeigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin wirklich froh darüber, dass wir sozusagen den Sukkus von drei Tagen Debatte jetzt plötzlich noch einmal sehen können.

Ich verstehe die Grünen in ihrer Motivation, einen Misstrauensantrag einzubringen. (Abg. Mag. Zitz: „Das verstehen viele Leute!“) Es ist angesprochen worden, der Kollege Hagenauer hat es nicht leicht gehabt, weil er war auf einmal in der furchtbarsten Situation, Medien, politische Mitbewerberinnen und Mitbewerber und andere haben ihm angelastet, mit der ÖVP zu packeln. Und das ist natürlich im Wählersegment und im Bereich der Sympathisantinnen und Sympathisanten der Grünen kein gutes Zeugnis, möglicherweise. Daher weiß ich, dass ihm das das eine oder andere Unwohlsein möglicherweise beschert hat, und das war die Motivation, das war die Begründung, die eigentliche Begründung für den Misstrauensantrag. Alles verständlich, alles verständlich.

Was wir aber auch gesehen haben, ist, dass die Sozialdemokratie, die uns hier drei Tage lang ein Theater inszeniert hat, dass in diesem Land alles furchtbar und grauslich ist, ein Budget abgelehnt hat, wider besseres Wissen, dass die Sozialdemokratie jetzt quasi in dieser Fokussierung der gesamten Debatte von drei Tagen noch einmal auf einen Tagesordnungspunkt endgültig zeigt, worum es geht, ausgehend vom Neuwahlantrag, von den hoch gesteckten Zielen.

Ich habe das am Dienstag außerordentlich umfangreich kommentiert. Dann haben mir einige gesagt, ich bin euch zu wenig angegangen. Ganz interessant. Dabei habe ich gedacht, das war eh relativ hart, aber was soll man machen.

Es ist jetzt unter Beweis gestellt, die Sozialdemokratie ist im Dauerwahlkampf. Hat nicht wirklich eine klare Linie, weil Walter, bei allem Verständnis dafür, dass das auch nicht einfach ist (Abg. Kröpfl: „Aber einfacher als bei der ÖVP!“), was du da machen musst, es ist kein leichter Job Klubobmann der Sozialdemokratie, kein leichter Job. Ein großes Danke. (Landesrat Schützenhöfer: „Glaubt mir, es ist insgesamt schwer,

Klubobmann zu sein!“) Aber wir haben jetzt in der abschließenden dreiviertel Stunde alles noch einmal kurz zusammengefasst gesehen. Irritationen, keine klaren politischen Linien, Inszenierung und Theater, das schärfste parlamentarische Mittel – der Misstrauensantrag wird entwertet und inflationär. Okay, das ist offensichtlich die Situation, in der wir sind. (Abg. Kröpfl: „Da kannst du die SPÖ nicht schuldig werden lassen! Wir haben keinen geplant!“) Nein. Dazu habe ich über die Grünen gesprochen. In dem Fall nicht über die SPÖ. Aber ich kann schon eines noch zur SPÖ sagen: Es ist jeder Fraktion unbenommen, auszuziehen aus diesem Haus. Die SPÖ ist jene Fraktion, die dieses Mittel am häufigsten ergreift. (Abg. Kröpfl: „Weil die ÖVP mit der Mehrheit drüberfährt. Das einzige Mittel aufmerksam zu machen, dass wir da sind!“) Wir erinnern uns an den Beginn der Legislaturperiode, das demokratiepolitische Mittel des Auszugs wurde von der Sozialdemokratie kultiviert (Abg. Gennaro: „Du hast dich nicht durchsetzen können beim Flecker, deshalb bist rausgegangen!“), wenn man so will. Eine interessante Symbolik, Kurt. Wollt ihr nicht in diesem Haus vertreten sein? Würdet ihr lieber nicht dabei sein? Es ist möglich, ihr braucht keine Liste abzugeben beim nächsten Mal (Abg. Detlef Gruber: „Haben Sie schon so Angst?“), dann seid ihr von vornherein draußen. Ihr braucht gar nicht mehr reinzugehen. Sei es, wie es sei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf abschließen. Es zeigt, der wenig sorgsame Umgang mit demokratiepolitischen Instrumenten, mit parlamentarischen Instrumenten demaskiert diejenigen, die diesen wenig sachgerechten und wenig sorgsamen Umgang pflegen. Egal, ob es der Auszug ist, egal, ob es ein taktisch motivierter Misstrauensantrag ist. (Abg. Hagenauer: „Ausgezogen ist die Frau Landeshauptmann!“) Mein Gott, ausgezogen ist die Sozialdemokratie. Die Frau Landeshauptmann hat, wie jeden Tag und wie in jeder Stunde an diesem Nachmittag versucht, Verantwortung für die Steiermark zu zeigen. (Beifall bei der ÖVP.) In diesem Fall in Wien. Am Dienstag habe ich versucht, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter strategisch was einzureden oder einen Tipp zu geben. Jetzt sage ich es dir: Das Beste wäre, wenn ihr euch jetzt ein bisschen nicht zu sehr alterieren würdet in der Debatte, weil mit jedem Zwischenruf, mit jeder weiteren Aktion, wird die theaterhafte Inszenierung der Sozialdemokratie schlimmer. (Abg. Stöhrmann: „So wollt ihr uns mundtot machen, oder wie schaut das aus?“)

Ich bin nicht euer Ratgeber, aber wenn es einen Sinn gehabt hat, dass wir uns jetzt um 15.00 Uhr hier noch einmal zusammensetzen, dann ist der Sinn jetzt damit erfüllt, nämlich ein klares Signal nach außen: Wer nimmt Verantwortung wahr im Lande? Wer spielt Wahlkampf elf Monate vor der Wahl? (Abg. Kröpfl: „Wer geht? Wer stiehlt sich vor der Verantwortung davon? Wer versteckt sich?“) Wer verstrickt sich in irgendwelchen Geplänkeln? Wer weiß manchmal nicht, ob er bei einer Kabarettaufführung oder im Steiermärkischen Landtag ist? (Abg. Böhmer: „Landesrechnungshofentscheidung!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Stunde hat uns endgültig gezeigt, dass eines klar ist: In diesem Land übernimmt Verantwortung unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze. (Beifall bei der ÖVP.) Unterstützt von einem exzellenten Regierungsteam und manchmal ein bisschen unterstützt von einer bemühten Landtagsfraktion. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, was heißt denn das und ich schließe mit den Worten, mit denen ich am Dienstag geschlossen habe. Eine Einfügung noch: Überlegt es euch gut. Schauen wir gemeinsam auf dieses Land, unsere Steiermark, weiß-grün, das Land der Zukunft. (Beifall bei der ÖVP. – 15.24 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, damit komme ich nunmehr zur Abstimmung. Ich ersuche Sie um Ihre Aufmerksamkeit.

Die Damen und Herren, die dem Antrag auf Versagung des Vertrauens gemäß Paragraph 27 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Damit ist die Tagesordnung der 68. Sitzung des Landtages erschöpft. Ich darf Sie bitten, noch für einige Minuten auf den Sitzen zu verweilen, und darf die Sitzung dazu nützen, um im Hinblick auf das bevorstehende große Fest des Jahres, das Weihnachtsfest und den darauf folgenden Jahreswechsel den Mitgliedern der Landesregierung, den Damen und Herren Abgeordneten des Hauses, den Herren der Landtagsdirektion, aller Landtagsklubs, den fleißigen Damen des Stenographendienstes die besten Wünsche anlässlich dieses Festes und des Jahreswechsels zu übermitteln.

Ich ersuche aber auch die Anwesenden ihre Plätze nicht zu verlassen, da über Initiative des Abgeordneten Detlef Gruber der Chor der Musikhauptschule Ferdinandeum mit Schülern und Schülerinnen gekommen ist unter der Leitung von Markus Zwitter, der bereits als Chorleiter mit seiner Jugend beim Bundesjugendsingen in Wien teilgenommen hat. Er wird nun uns einige Lieder zum Vortrag bringen.

Ich ersuche den Chorleiter Zwitter sehr darum. Darf bitten, dass im Anschluss daran die Schülerinnen und Schüler sich noch laben im Rittersaal. Fortsetzung also mit anderen Worten und sage Ihnen, meine Damen und Herren, dass die nächste Sitzung auf schriftlichem Wege einberufen wird, womit ich die Sitzung offiziell beende. (Ende der Sitzung 15.27 Uhr.)